

Die Sicht des Experten

«Internationale Lösungen suchen»



MARRONNITSCH

Manuel Ammann, Professor für Finance und Direktor am Bankeninstitut der Universität St. Gallen.

NZZ am Sonntag: Sind die Grossbanken für die Schweiz wirklich zu gross?

Manuel Ammann: Wenn die Bilanzsumme einer einzigen Grossbank fast das Vierfache des Bruttoinlandprodukts ausmacht, liegt ein volkswirtschaftliches Klumpenrisiko vor. Da gibt es zwei Möglichkeiten: Man kann versuchen, das Klumpenrisiko durch strenge Risikokontrollen im Griff zu halten, oder man kann die Risikokonzentration verringern, indem man den grossen Klumpen verkleinert oder zwei oder drei kleinere daraus macht. Genügen scharfe Eigenmittelvorschriften, eine harte Verschuldungsgrenze und eine Stärkung der Liquidität nicht, um die Risiken der Grossbanken in den Griff zu bekommen?

Ich bin skeptisch, denn die richtige, im Ernstfall ausreichende Eigenmittelausstattung ist ja nicht im Voraus bekannt. Auch in der Vergangenheit gab es Eigenmittelvorschriften. In den USA gab es auch noch Verschuldungsgrenzen. Trotzdem sind die Banken in Not geraten.

Glauben Sie, dass man für künftige Krisen grosser Banken ein international koordiniertes Liquidationsverfahren auf die Beine stellen kann?

Es ist ein ehrgeiziges und langwieriges Unterfangen mit ungewissem Ausgang. Es lohnt sich aber, diese Herausforderung anzugehen, denn die Möglichkeit, auch internationale

Grossbanken geordnet abwickeln zu können, würde ein grosses Problem des Bankensystems lösen. Die Banken könnten nicht mehr so leicht ihre Grossrisiken der Allgemeinheit aufbürden. Der Wegfall der impliziten Staatsgarantie würde, da auch die Gläubiger der Banken dies wüssten, disziplinierend wirken und Fehlanreize in Bezug auf die Risikobereitschaft korrigieren helfen.

Ist es sinnvoll und praktikabel, in der Schweiz Voraussetzungen zu schaffen, um im Krisenfall volkswirtschaftlich wichtige Teile einer Grossbank herauszulösen und den Rest zu liquidieren?

Das ist im Prinzip die nationale Variante der geordneten Liquidation. In der Realität hiesse das wohl, das Inlandgeschäft soll überleben, das Auslandsgeschäft in Konkurs gehen. Konkursrechtlich wirkt das Probleme auf. Es stellen sich Fragen der internationalen Durchsetzbarkeit. Ein international anerkanntes Verfahren wäre sicher die bessere Lösung.

Soll man als Ultima Ratio direkt die Grösse der Banken beschränken – und wenn ja, nach welchen Kriterien?

Von direkten Grössenbeschränkungen halte ich wenig. Wer weiss denn, wo die maximale Grösse liegen soll? Vielversprechender sind Lösungen, welche die Kosten der impliziten Staatsgarantie den Banken auferlegen. Das kann durch eine differenzierte, viel stärker auf Risikovermeidung ausgerichtete Regulierung der grossen Banken erfolgen und/oder durch eine Form der Abgeltung der Staatsgarantie. So kann dem Anreiz, durch Fusionen und Bilanzwachstum in den Genuss der Staatsgarantie zu kommen, entgegengewirkt werden.

Müsste die Bankenaufsicht nicht ein für alle Mal klar machen, dass im Krisenfall erst die Aktionäre und Obligationäre nachrangiger Anleihen ihr Geld verlieren, bevor die Steuerzahler zum Handkuss kommen?

Es ist tatsächlich schwer einzusehen, warum Aktionäre nicht einen Totalverlust erleiden sollten, bevor

Staatshilfe fliesst. Im gegenwärtigen System ist das aber nur schwierig durchzusetzen, da die Aktionäre hochpokern und so lange zuwarten können, Staatshilfe anzunehmen, bis es zu spät ist oder sehr teuer wird. Da dies nicht im Interesse der Allgemeinheit ist, hat man den Aktionären bei vielen Rettungsaktionen recht vorteilhafte Bedingungen gewährt. Auch diese Problematik unterstreicht die Notwendigkeit, Banken kontrolliert in die Insolvenz gehen lassen zu können.
 Interview: Fritz Pfiffner